



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 21. Januar 2026

5718. 2025/409

Weisung vom 17.09.2025:

Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehnt.

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Christian Häberli (AL): Ich stelle euch die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» vor. Die AL hat diese Initiative am 19. Dezember 2024 mit fast 4000 Unterschriften eingereicht. Die Initiative fordert, die sogenannte Verordnung über die Gewinnablieferung des Elektrizitätswerks (ewz) mit einer Übergangsbestimmung zu ergänzen. Diese umfasst vier Punkte. Erstens: Neben der ordentlichen Gewinnablieferung an die Stadtkasse wird aus dem Gewinn des Jahres 2024 ein Betrag von 80 Millionen Franken als Bonuszahlung an alle Kund*innen mit Grundversorgung ausgerichtet. Zweitens: Diese Bonuszahlung erfolgt in Form eines Einheitsbetrags pro Haushalt oder Gewerbebetrieb. Drittens: Übersteigt der Bonus den Betrag auf der Schlussabrechnung, wird pro Kund*in maximal der Gesamtumsatz vergütet. Viertens: Der Stadtrat regelt insbesondere die Anspruchsberechtigung und die Modalitäten der Auszahlung. Seit dem Jahr 2019 hat das ewz jedes Jahr 80 Millionen Franken in die Stadtkasse eingezahlt. Trotz dieser regelmässigen Gewinnablieferung ist das Eigenkapital des ewz seither auf über 2,5 Milliarden Franken gewachsen. Damit deckt es das gesamte Anlagevermögen, also die eigenen Kraftwerke und die Beteiligungen an Partnerkraftwerken, zu 115 Prozent ab. Das ist ein Rekordwert, von dem viele Unternehmen nur träumen können. Das ewz ist also äusserst solide finanziert. Im Jahr 2024 allein erzielte das ewz einen Gewinn von 391 Millionen Franken. Aus diesem Grund hat die AL diese Bonusaktion lanciert, die in den Jahren 2003 bis 2017 bereits erfolgreich durchgeführt wurde. Parallel zur Gewinnablieferung an die Stadt sollen aus dem Gewinn des Jahres 2024 weitere 80 Millionen Franken als Einheitsbonus an Kund*innen der Grundversorgung ausbezahlt werden. Diese haben in den letzten Jahren regulierte Stromtarife



bezahlt, während Grosskund*innen bis zum Jahr 2021 von deutlich tieferen Marktpreisen profitieren konnten. Mit diesen 80 Millionen Franken kann das ewz seinen rund 235 000 Kund*innen etwa 340 Franken pro Haushalt oder Gewerbebetrieb auszahlen. Diese Bonuszahlung ist ein wirksamer Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft. Um den bürokratischen Aufwand gering zu halten, soll der Bonus in Form einer Kostengutsprache für künftige Rechnungen ausbezahlt werden. Der Stadtrat lehnt die Initiative ab und führt fünf Gründe dafür an. Erstens sei das ewz ein Eigenwirtschaftsbetrieb, der die in den nächsten zehn Jahren anstehenden Investitionen in der Höhe von 3 Milliarden Franken selbst finanzieren müsse. Würde der Bonus ausbezahlt, fiel das Verhältnis von Eigenkapital zu Anlagevermögen deutlich unter 100 Prozent. Zweitens sei die Umverteilung der Gewinne aus dem Marktbereich an die Kund*innen der Grundversorgung sachlich nicht gerechtfertigt, da deren Tarife reguliert und überwacht würden. Drittens seien die Tarife in der Grundversorgung bereits attraktiv. Viertens sei eine Ungleichbehandlung zwischen Grundversorgungs- und Marktkund*innen nicht sinnvoll. Zuletzt gäbe es praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung, wie dass sich die Initiative auf den Gewinn des Jahres 2024 beziehe, die Volksabstimmung aber erst Jahre später stattefinde.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Beat Oberholzer (GLP): Ich vertrete die Meinung der Mehrheit, die sich gegen diese Volksinitiative ausspricht. Dabei spreche ich für alle Parteien ausser AL und Stadtrat. Die SVP war bei der Abstimmung in der Kommission zwar nicht dabei, doch soweit ich es verstanden habe, darf ich auch in ihrem Namen sprechen. Es stimmt, dass das ewz im Jahr 2024 mit 391 Millionen Franken einen Rekordgewinn erzielt hat. Dieser war leicht höher als der bisherige Rekord des Vorjahres. In den Jahren zuvor lag der Gewinn zwischen 129 Millionen Franken und 190 Millionen Franken. Ebenfalls korrekt ist, dass das ewz eine städtische Dienstabteilung ist, weshalb Gemeinderat oder Volk über eine allfällige Gewinnausschüttung entscheiden können. Die Frage ist, ob es klug ist, gerade jetzt eine Anpassung der Gewinnausschüttungsregelung vorzunehmen. Ist der in der Initiative vorgeschlagene Mechanismus, den Gewinn nicht der Stadtkasse zuzuführen, sondern als Stromkostenrabatt direkt an gebundene Kunden auszuschütten, und eine Einmalaktion für das Jahr 2024 wirklich sinnvoll? Die Kommissionsmehrheit sagt klar: Nein, das ist nicht sinnvoll. Wir haben erst vor wenigen Wochen einen Rekordkredit von über 2,2 Milliarden Franken für den Ausbau der thermischen Netze genehmigt. Dieser Kredit wird im Juni 2026 dem Volk vorgelegt, gleichzeitig mit der Bonusinitiative. Diese 2,2 Milliarden Franken müssen irgendwoher kommen. Wenn man dem ewz diese benötigten Mittel entzieht, müsste es später Fremdkapital bei der Stadt aufnehmen. Das wäre buchhalterisch unsinnig. Wir sollten verantwortungsvoll mit der guten Ausgangslage umgehen: Das ewz hat im Jahr 2024 auf dem freien Markt einen grossen Gewinn erzielt. Den sollte man für anstehende Investitionen verwenden, insbesondere den Ausbau der thermischen Netze. Die Kommissionsmehrheit hält eine Gewinnausschüttung in Form eines Stromrabatts für gebundene Kunden nicht für vernünftig. Der Gewinn wurde im freien Markt erwirtschaftet, nicht in der Grundversorgung. Das ist auch gut so. Wenn sich herausstellen würde, dass die Strompreise in der Grundversorgung zu hoch sind,



könnte man in diesem Bereich gezielt Rückzahlungen leisten, wie wir das beim Abwasser oder Abfallwesen getan haben. Doch den Gewinn aus dem Marktgeschäft gebundenen Kunden zu schenken, ist sachfremd. Drittens ist es wenig sinnvoll, eine Einmalaktion rückwirkend für ein abgeschlossenes Geschäftsjahr zu beschliessen. Die Verordnung über die Gewinnablieferung des ewz legt klar und langfristig fest, nach welchen Kriterien die Gewinne abgeliefert werden. Solange das Eigenkapital so hoch wie aktuell ist, soll das ewz bei guten Geschäftsjahren weiterhin den maximalen Betrag von 80 Millionen Franken an die Stadtkasse abliefern. Es ist keineswegs so, dass das ewz kein Geld an die Stadt abführte oder nur für sich selbst wirtschaftete. Unsere Kommission hat mehrere Zukunftsszenarien geprüft. Es gibt theoretisch ein Traumszenario, in dem der Marktgewinn noch höher ausfällt oder die Investitionskosten für die thermischen Netze deutlich tiefer oder verschoben werden. Die grosse Mehrheit der Sachkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement Industrielle Betriebe (SK TED/DIB) stützt sich aber auf die realistischen Szenarien, die uns präsentiert wurden, und ruft den Gemeinderat und das Volk dazu auf, verantwortungsvoll mit den finanziellen Mitteln umzugehen und den einmaligen Stromrabatt von 80 Millionen Franken abzulehnen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Christian Häberli (AL): Die AL steht seit jeher konsequent für einen einwohnernahen Service public, von der Bildung über die Gesundheit, den Öffentlichen Verkehr (ÖV) und die Entsorgung bis hin zur Versorgung mit Wasser und leitungsgebundenen Energien, also auch mit Strom. Vor diesem Hintergrund hat sich die AL stets gegen eine Privatisierung des ewz gewehrt. Bereits im Jahr 2000 hat das Stimmvolk, dank der Unterstützung der SP, mit 52,5 Prozent Nein die Ausgliederung des städtischen Elektrizitätswerks abgelehnt. Im Jahr 2015 unternahm FDP-Stadtrat Andres Türlér einen zweiten Versuch: Er wollte das ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umwandeln, um die SP ins Boot zu holen. Doch auch damals hat sich die AL von Anfang an klar dagegen ausgesprochen. Mit Erfolg: Im Oktober 2016 haben die Linken, die Grünen und die SVP die Vorlage im Gemeinderat versenkt. Die Botschaft war eindeutig: Wir wollen das ewz nicht im freien Markt. Trotz dieses klaren Entscheids schreibt der Stadtrat nun in seiner Begründung zur Ablehnung der vorliegenden Initiative: «Heute ist das ewz nicht mehr nur ein Elektrizitätswerk, sondern ein Unternehmen, das zwei Drittel seines Umsatzes am Markt erzielt, das heisst, im Wesentlichen mit dem Stromhandel.» Wir haben also quasi durch die Hintertür jene Liberalisierung bekommen, die dieses Parlament nie wollte. Hier haben wir eine städtische Dienstabteilung, die den grössten Teil ihrer Einnahmen auf dem freien Markt erwirtschaftet. Das hat nicht mehr viel mit Service public zu tun. Solche Marktaktivitäten bergen üblicherweise unternehmerische Risiken und bei erfolgreichem Geschäftsgang auch Gewinne. Dieser Gewinn stammt aus Marktleistungen, also aus den zwei Dritteln des Umsatzes, die das ewz am Markt erzielt, nicht aus der Grundversorgung. Deshalb ist die Forderung der AL-Initiative völlig logisch: Was jede erfolgreiche Organisation in einer Gewinnsituation tut, nämlich einen Teil des Gewinns an die Eigentümer*innen ausschütten, soll hier ebenfalls gelten. Die Eigentümer*innen sind in diesem Fall die Kund*innen des ewz, also die Menschen, die in Zürich Strom beziehen. Es



ist genau wie bei einer genossenschaftlichen Versicherung: Die Prämie wird in Rechnung gestellt und beim Jahresabschluss wird ein Gewinnanteil gutgeschrieben. Es handelt sich nicht um einen Stromrabatt, Beat Oberholzer (GLP), sondern um eine Gewinnausschüttung, die uns allen zusteht. Es wäre genauso sachfremd, diesen Gewinn für den Ausbau der Fernwärme zu verwenden. Selbstverständlich braucht das ewz angemessenes Eigenkapital, um Investitionen zu finanzieren, Marktrisiken abzudecken und mögliche Verluste aufzufangen. Aber wenn man die geforderten 80 Millionen Franken mit dem Eigenkapital von 2,5 Milliarden Franken oder den angekündigten Investitionen von 3 Milliarden Franken vergleicht, sprechen wir über einen Betrag im tiefen einstelligen Prozentbereich von etwa 2,5 bis 3 Prozent. Das entspricht in etwa der Planungsunsicherheit, die man bei zehnjährigen Investitionen ohnehin hat. Aus dieser Sicht sind die 80 Millionen Franken absolut vertretbar. Ganz anders sieht es dagegen für die einzelnen Kund*innen in der Grundversorgung aus. Pro Haushalt oder Gewerbebetrieb beträgt die Rückerstattung rund 340 Franken. Etwa die Hälfte der Kund*innen in Zürich hat eine Stromrechnung in dieser Grössenordnung oder tiefer. Wer weniger bezieht, fällt unter folgenden Passus der Initiative: «Übersteigt der Bonusbetrag den auf der Schlussabrechnung ausgewiesenen Gesamtumsatz, wird nur der maximale Gesamtumsatz vergütet.» Es gibt also keinen Übertrag in die Folgejahre. Diese 340 Franken entsprechen für eine Einzelperson mit einem steuerbaren Medianeinkommen von 45 000 Franken einer Steuerfusssenkung von fast 2 Prozent. Für Verheiratete mit einem Medianeinkommen entspricht es einer Senkung um rund 8 Prozent, und für über 90 Prozent aller Steuerpflichtigen in der Stadt ist es vergleichbar mit einer Steuerreduktion von 3 Prozent. Wer in den Budgetdebatten Steuersenkungen fordert, hat jetzt die Chance, eine tatsächliche Entlastung zu bewirken. Die Rückerstattung ist gleichzeitig ein spürbarer Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft. Mit 340 Franken ist beinahe die Hälfte eines ÖV-Abos bezahlt. Damit sind wir nicht mehr weit vom ÖV-Abo für 365 Franken entfernt. Bei der Präsentation der Weisung in der Kommission bin ich etwas erschrocken über die lange Liste an bürokratischen und organisatorischen Hindernissen, die angeblich gegen die Umsetzung dieser Initiative sprechen würden. Der ehemalige FDP-Stadtrat hatte es auch geschafft, den Zürcher*innen während zehn Jahren den von der AL initiierten Bonus auszuzahlen: Insgesamt wurden in den Jahren 2003–2017 rund 500 Millionen Franken als Bonusaktionen ausgeschüttet. STR Michael Baumer wendet ein, das Gesetz habe sich geändert. Das stimmt. Wir sind heute stärker liberalisiert. Genau deshalb fordern wir mit der Initiative, zu einer sozialeren und regulierteren Stromversorgung zurückzukehren.

Weitere Wortmeldungen:

Dominik Waser (Grüne): Auf den ersten Blick ist das, was die AL fordert, eine interessante Idee. Die Gewinne des ewz sind tatsächlich sehr hoch. Das kann man nicht bestreiten. Gleichzeitig teilen wir einige der kritischen Punkte, die schon geäussert wurden. Es ist durchaus legitim, über die Höhe des Eigenkapitals zu diskutieren. Ebenso kann man darüber sprechen, was als Markt gilt oder gelten soll. Für uns Grüne ist aber etwas anderes entscheidend: Das ewz ist ein zentrales Asset für die Bevölkerung der Stadt Zürich. Wir müssen mit dem ewz vorwärtskommen, denn wenn es uns nicht gelingt, die



Energiewende umzusetzen, wird das zur Belastung für die ganze Bevölkerung. Die Bevölkerung hat bereits mehrere klima- und energiepolitische Entscheide getroffen. Hoffentlich werden noch viele folgen. Diese bringen mit sich, dass wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten enorme Investitionen im Solarausbau, in der Fernwärme, der Speicherung von Energie, in den Netzausbau und Unterhalt der Infrastruktur tätigen müssen. Aus Sicht der Grünen sind diese Investitionen alternativlos. Je länger wir warten, desto teurer wird es – auch für die Bevölkerung. Darum sehen wir keinen sinnvollen Weg, wie die Forderung der AL umgesetzt werden könnte. Wir finden, die Initiative ist der falsche Weg. Das Geld, das aktuell beim ewz ist und dort auch verdient wurde, soll beim ewz bleiben. Aus Sicht von Teilen der Fraktion kann man diskutieren, ob die jährlich fixierte maximale Gewinnablieferung von 80 Millionen Franken langfristig noch angemessen ist, vor allem wenn die Gewinne weiter steigen. Aber darum geht es in dieser Initiative nicht. Wir sind der Meinung, dass das Geld bis auf weiteres beim ewz bleiben muss, damit die geplanten Investitionen finanziert werden können. Wir Grünen lehnen die Initiative daher ab. Wir wollen uns auf das konzentrieren, was jetzt wirklich zählt: der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Abbau fossiler Infrastrukturen und das Vorantreiben der Energiewende. Wenn wir schon über das Thema Liberalisierung sprechen, könnte man auch diskutieren, ob das ewz künftig einen Beitrag an die Energie 360° AG leisten soll. Aber das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt besprechen. Wir tun bereits viel, um die Bevölkerung zu entlasten. Die linke Energiepolitik hat in den letzten Jahren erreicht, dass die Menschen in Zürich nicht übermässig durch hohe Strompreise belastet wurden. Das wollen wir beibehalten und die Energiewende weiter vorantreiben.

Ursina Merkle (SP): *Wir sehen es ähnlich wie die Grünen. Die Initiative setzt auf kurzfristige finanzielle Entlastung, statt auf langfristige soziale und ökologische Verantwortung. 80 Millionen Franken als Bonus auszuschütten, mag auf den ersten Blick attraktiv klingen. Doch was man heute verteilt, fehlt morgen bei der Energiewende, bei der sicheren Versorgung und beim Klimaschutz. Das ewz hat einen klaren öffentlichen Auftrag. In den nächsten Jahren steht viel an: Investitionen in erneuerbare Energien, der Ausbau der thermischen Netze sowie die Modernisierung des Stromnetzes für mehr Netzstabilität und Versorgungssicherheit sind unerlässlich. In den kommenden zehn Jahren sind über 3 Milliarden Franken an Investitionen nötig. Das sind Investitionen in Klimagerechtigkeit, Versorgungssicherheit und Lebensqualität für jetzige und zukünftige Generationen. Wer heute Gewinne abschöpft, verschiebt die Kosten auf morgen. Die Initiative ist auch energiepolitisch unsinnig, weil sie Geld an Kund*innen der Grundversorgung verteilt, die einen bestimmten Mindestverbrauch erreicht haben. Sie schliesst damit sparsame Stromkonsument*innen aus. Statt Anreize zum Energiesparen zu schaffen, belohnt sie einen höheren Stromverbrauch. Das ist das Gegenteil von dem, was wir wollen. Zur sozialen Entlastung gibt es wesentlich bessere Instrumente. Darüber hinaus ist die Umsetzung dieser Initiative technisch und administrativ sehr aufwendig. Ein grosser Teil des Geldes, das die Initiant*innen verteilen möchten, würde durch den Verwaltungsaufwand aufgebraucht. Wir lehnen die Volksinitiative ab und stimmen der Weisung zu.*

Johann Widmer (SVP): *Die SVP schliesst sich selbstverständlich der Mehrheit an und wechselt von der technischen Enthaltung in die Ablehnung. Wir sind vollständig einig mit*



der Darstellung des Kommissionspräsidenten, was von dieser Initiative zu halten ist. Das ewz hat im Jahr 2024 im Stromgeschäft mit den freien Kunden einen aussergewöhnlichen Gewinn erzielt. Offenbar ist genau das der AL ein Dorn im Auge. Dieser Sondereffekt ist angesichts der anstehenden hohen Ausgaben sehr willkommen und stärkt die Eigenkapitalbasis des ewz. Nun wollen die extremen Linken einen grossen Teil dieses Sondereffekts an die Kunden verteilen. In dieser Stadt gibt es Leute, die Geld für die Allgemeinheit erwirtschaften, und andere, die es verschenken. Letztere nennt man auch linke Politiker. Unter dem Deckmantel, besonders sozial zu handeln, wird Geld verteilt, das man gar nicht selbst verdient hat. Es geht gar nicht darum, ob das ewz ein Unternehmen mit Marktanteilen sein soll. Dass das ewz Kundschaft im freien Markt und in der Grundversorgung hat, ist gesetzlich vorgesehen. So funktioniert das in der ganzen Schweiz. Diese Initiative stellt das bestehende System infrage und verletzt womöglich sogar übergeordnetes Recht. Auch die Zuhilfenahme von Steuerprozenten, um das Argument zu stützen, ist völlig verfehlt. Zuerst werden Geschenke verteilt, um sich beliebt zu machen, und danach muss der Steuerzahler die grossen Investitionen des ewz finanzieren. Das ist finanzpolitisch schlicht unsinnig. Wo ist da die Logik? Die Begründungen der AL sind also falsch. Es gibt keinen vernünftigen Grund, aus dem Eigenkapital des ewz Geldgeschenke zu verteilen, schon gar nicht mit der Giesskanne. Ich persönlich brauche keine Geschenke der AL. Die läppischen 340 Franken würde ich dem ewz rückerstatten, damit es mit dem Geld etwas Sinnvolles anstellen kann. Der Bonus nützt dem Einzelnen kaum etwas. Viele, die das Geld erhalten würden, brauchen es gar nicht, während jene, die Unterstützung nötig hätten, am wenigsten profitieren. Für soziale Ausgleichsfragen haben wir andere und bessere Instrumente. Es ist befremdlich, dass die AL versucht, mit kommunaler Politik Bundesrecht auszuhebeln, um auf Umwegen die Liberalisierung des Strommarkts zu bekämpfen. Wenn ihr keine Liberalisierung wollt, dann dürft ihr auch nicht näher an die EU heranrücken. Dort wird der Strommarkt noch stärker liberalisiert, als euch lieb sein dürfte. Diese Initiative ist unfair, asozial, riskant und schadet dem ewz. Man darf sie zu Recht als Schnapsidee bezeichnen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Ausnahmsweise muss ich Dominik Waser (Grüne) zumindest teilweise recht geben, auch wenn das Wort «alternativlos» häufig dann verwendet wird, wenn man eigentlich weiss, dass man Unrecht hat und das rhetorisch kaschieren möchte. Zudem ist nicht ganz korrekt, was er zu den Energiepreisen in Zürich gesagt hat: Die Energiepreise sind in den letzten Jahren zwar relativ stabil geblieben, aber das ist sicher nicht das Verdienst von Links-Grün. Der Grund liegt vielmehr darin, dass die Stadt Zürich eigene Kraftwerke und Anteile an Kraftwerken besitzt. Dadurch hat die Stadt eine gewisse historisch gewachsene Energieautonomie. Anfangs hatte ich Sympathie für diese Initiative. Nicht, weil ich ein Gegner des Kapitalismus oder ein Freund von Volksdividenden wäre, sondern weil die Idee auf den ersten Blick gut klingt. Doch nach gründlicher Überlegung, den Diskussionen in der Kommission und den Ausführungen von STR Michael Baumer musste ich einsehen: Die anstehenden Investitionen der nächsten Jahre und Jahrzehnte sind erheblich. Auch wenn, wie du richtig sagst, die geforderten 80 Millionen Franken im Verhältnis zum Gesamtvolumen von mehreren Milliarden Franken klein wirken, wäre diese Initiative dennoch ein gefährlicher Präzedenzfall. Man öffnet damit Tür und Tor für ähnliche Forderungen in der Zukunft. Deshalb finde ich



es richtig und wichtig, hier eine klare Grenze zu ziehen: Diese Gelder braucht das ewz für Investitionen, für den Ausbau der Fernwärme und andere zukunftsrelevante Projekte. Ich finde es stossend, dass die AL das ewz nicht im freien Markt haben will, aber gern von den Marktgewinnen profitiert. Es ist widersprüchlich, wenn nicht gar verlogen, wenn man diese Gewinne dann als Erfolgsdividende ausgeben möchte. Ich habe den Eindruck, es geht darum, der Bevölkerung vor den Wahlen ein Zuckerchen hinzuwerfen, wie es gewisse Parteien auf der linken Seite auch getan haben. Das hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Stimmt doch lieber im Budget der Steuersenkung um 3 Prozentpunkte zu. Dann schenkt ihr den Leuten echtes Geld und alle hätten etwas davon.

Beat Oberholzer (GLP): Ich bin stolz darauf, dass wir mit dem ewz ein grosses Energieunternehmen haben. Andere Städte wären froh, wenn sie über eine so umfangreiche eigene Produktion von erneuerbarem Strom verfügen könnten. Das ist nur dank des freien Markts möglich. Man könnte theoretisch den Marktteil des ewz ausgliedern und nur den Service-public-Bereich als städtische Dienstabteilung behalten. Wir Grünliberalen haben in vergangenen Budgetdebatten mehrfach betont, dass die Finanzzahlen klarer nach Produktgruppen ausgewiesen werden sollten. Der aktuelle Anlagedeckungsgrad ist zu wenig aussagekräftig. Uns hat auch immer wieder gestört, dass nicht transparent ersichtlich ist, wie sich die Finanzkennzahlen und die Investitionen in die thermischen Netze tatsächlich auswirken. Wir halten deshalb an unserer Forderung fest: Es braucht eine klare Anlagedeckung über alle Produktgruppen hinweg. Sollte das ewz in Zukunft weiterhin hohe Gewinne erwirtschaften und sollten seine Strukturen als Dienstabteilung langfristig bestehen bleiben, kann man in einigen Jahren darüber diskutieren, wie mit der Gewinnausschüttung umzugehen ist. Dann ist der richtige Moment für diese Debatte. Aber jetzt, mit einer einmaligen Geldverteilungsinitiative und gleichzeitig dem grossen Ausbau der thermischen Netze, wäre das der falsche Ansatz.

Dominik Waser (Grüne): Es wurde mehrfach gesagt, wir würden immer nur Geschenke verteilen. Das stimmt nicht. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Minderheiten im Gemeinderat machen wir Politik für die Menschen, die Unterstützung brauchen, und für die Zukunft dieser Stadt. Die SP und die Grünen sind sich in dieser Frage tatsächlich mit der bürgerlichen Seite einig. Wir alle lehnen diese Initiative ab. Das bedeutet aber nicht, dass wir plötzlich die gleiche energiepolitische Haltung hätten. Ganz im Gegenteil: Viele Vertreter*innen der bürgerlichen Parteien setzen seit Jahren alles daran, die Energiewende zu bremsen und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu verzögern. Das ist auch der Grund, warum wir heute nicht so weit sind, wie wir sein könnten. Wir werden bald sehen, wer den Ausbau der Fernwärme wirklich unterstützt. Es wurde auch gesagt, eine Steuersenkung sei eine bessere Lösung. Solche Aussagen sind absurd, wenn man gleichzeitig behauptet, man wolle etwas für alle tun. Ihr wisst genau, dass eine Steuersenkung mitnichten eine faire Verteilung der Entlastung wäre. Aus grüner Sicht sollen Entlastungen und Fördergelder sinnvoll und zielgerichtet sein. Wer wenig Energie verbraucht, soll einen Bonus oder Anreiz erhalten. Wer eine Solaranlage baut, soll eine Förderung bekommen. So wollen wir Unterstützung und Entlastung schaffen, nicht mit einer pauschalen Auszahlung ohne Lenkungswirkung. Rot-Grün ist der Grund, weshalb wir energiepolitisch zumindest auf Kurs sind, Benedikt Gerth (Die Mitte). Rot-Grün sorgt



auch dafür, dass wir bei der Solarenergie und beim Klimaschutz vorankommen, während die bürgerlichen Parteien blockieren. Für den Klimaschutz brauchen wir das Geld.

Tanja Maag (AL): Der AL wird im medialen Wahlkampf immer wieder unterstellt, sie schwimme im rot-grünen Einheitsbrei mit. Aber dieser Bonus ist ganz à la AL: eine zielgerichtete, einmalige und tragbare Rückverteilungsmassnahme. Ich verstehe nicht, warum die SP nicht mitmacht. Ihr liebt doch das Giesskannenprinzip, wenn es um Millionenausgaben ohne Ende, ÖV-Abos für den Zürichberg und ähnliches geht. Aber jetzt, wo es darum ginge, einen Teil des Gewinns, der mehrheitlich am Strommarkt erzielt wurde, einmalig an die Bevölkerung in der Grundversorgung zurückzugeben, da macht ihr plötzlich nicht mit. Wer versteht die SP? In der Budgetdebatte habt ihr Zusatzanträge für Beträge in derselben Grössenordnung gestellt. Da war es einfach, Ja zu sagen. Natürlich sind wir nicht davon ausgegangen, dass ihr euch plötzlich aktiv dafür einsetzt, dass wir das Geld sprechen können. Aber dass ihr euch so wenig engagiert habt, ist schon erstaunlich oder sogar arrogant und sozial unpräzise. Ein Konsumanreiz ist die Volksdividende sicher nicht. Ich erkläre es gern nochmals, damit es wirklich alle verstehen. Wenn die Bonuszahlung den Gesamtumsatz übersteigt, wird nur der maximale Gesamtumsatz vergütet. Es werden also keine Sauna, kein Whirlpool und kein Luxusverbrauch subventioniert. Dominik Waser (Grüne) sagt, die Energiewende sei in Gefahr. Das Gegenteil ist der Fall. Das ewz ist finanziell bestens aufgestellt. Gerade mit dieser kleinen Massnahme könnten wir ein positives Signal senden, dass diese Stadt bereit ist, Wohlstand zu teilen. Der ewz-Bonus ist eine demokratische Volksdividende.

Michael Schmid (FDP): Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) haben uns vorgehalten, dass wir uns für eine Steuerfusssenkung einsetzen, aber bei diesem ewz-Bonus nicht mitmachen. Sie können das nicht verstehen. Dieses Argument lässt sich umdrehen: Warum unterstützt ihr keine Steuerfusssenkung, fordert aber, dass wir in die ewz-Kasse greifen? Offenbar erkennt selbst die AL, dass in der Stadt insgesamt zu viel Geld vorhanden und eine Entlastung der Bevölkerung sinnvoll ist. Die logische Konsequenz daraus wäre, die nächste Steuerfusssenkung mitzutragen, damit alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler proportional zu ihrem Beitrag profitieren können. Der Kasse des Eigenwirtschaftsbetriebs ewz einfach Geld zu entnehmen, nur weil dieser in den letzten Jahren erfolgreich gewirtschaftet hat, ist sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite falsch. Wir wissen, dass die AL kein Fan des geltenden Stromversorgungsgesetzes ist. Aber dort ist nun einmal festgelegt, dass in der Grundversorgung ein einheitlicher Elektrizitätstarif gelten soll, die Tarife für mindestens ein Jahr festzulegen sind und das Netznutzungsentgelt pro Spannungsebene innerhalb einer Kundengruppe einheitlich sein muss. Das mag politisch diskutierbar sein, ist aber bundesrechtlich vorgegeben und hat mit Verursachergerechtigkeit zu tun. Wer die Investitionsplanung des ewz kennt, weiss, dass dieses Unternehmen sich nicht auf seinen Gewinnen ausruht. Diese Gewinne sind dringend nötig, um die Investitionen der kommenden Jahre und Jahrzehnte zu finanzieren. Es ist sachfremd, wenn die AL beim Steuerfuss Hemmungen hat und stattdessen versucht, beim ewz Geld zu holen. Dominik Waser (Grüne), ihr schwingt bloss grosse Reden über die Energiewende und das Netto-Null-Ziel. Die freisinnigen Departementsvorsteher sind die, die diese Ziele tatsächlich umsetzen.



Dr. David Garcia Nuñez (AL): Michael Schmid (FDP), die 320 Franken bedeuten für die unteren Schichten dieser Stadt sehr viel mehr als all die Steuersenkungen, die ihr vorgeschlagen habt. Das ist schlicht und einfach mehr Geld. Weil wir uns für genau diese Menschen einsetzen, bevorzugen wir diese Lösung, statt weitere Entlastungen für die obere Kaste zu schaffen. Das kommt für uns nicht infrage. Es ist bemerkenswert, dass Johann Widmer (SVP) meint, 320 Franken seien für viele Menschen in Zürich so gut wie nichts. Wer den Rappen nicht ehrt, lieber Johann, der ehrt auch den Franken nicht. Ebenso seltsam ist es, dass Michael Schmid (FDP) ständig behauptet, die AL bediene sich an der Kasse eines staatlichen Betriebs. Das kommt ausgerechnet von der Partei, die sich neu auf linke Parolen und Magenta-Farbtöne eingeschossen hat. Wir bekommen Moralpredigten zu hören, die für diejenigen, die sie halten, offenbar nicht gelten. Die Mitte hat inzwischen erkannt, dass die AL zwar links ist, aber keineswegs naiv. Selbstverständlich verstehen wir, wie der Kapitalismus funktioniert, und wir wissen sehr wohl, wie wir mit Gewinnen umgehen wollen. Dass wir das System langfristig überwinden möchten, bedeutet nicht, dass wir die geltenden Spielregeln nicht kennen. Wir wollen mit diesem Geld den Menschen in Zürich etwas zurückgeben. Immerhin sind die Zürcher*innen die Besitzer*innen des ewz. Zur SP hat Tanja Maag (AL) bereits alles gesagt. Es ist schade, dass uns kein SP-Mitglied der Rechnungsprüfungskommission erklärt, was ihre damalige Zustimmung zu den 80 Millionen Franken im Budget bedeutet hat, wenn sie heute dagegen stimmen. Was war die politische Absicht hinter dieser Haltung in der Budgetdebatte? Dominik Waser (Grüne), es ist nicht so, dass entweder das eine oder das andere geht. Wie gesagt wurde diese Rabattaktion 10 Jahre lang durchgeführt. Das Argument, die Bevölkerung würde plötzlich mehr Energie konsumieren, weil sie weiss, dass ihr die Rechnung bezahlt wird, ist schlicht absurd. Das ist etwa so, als würde man behaupten, dass alle ständig zum Arzt rennen, weil es Krankenkassenprämienentlastungen gibt. Solche Argumente greifen weder dort noch hier. Wir sind stolz darauf, die Initiative eingereicht zu haben und freuen uns auf die Abstimmung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Auf den ersten Blick wirkt diese Volksinitiative super: Ein Geldregen für alle Menschen in der Stadt Zürich. Die AL sollte aber auch wissen, dass das ewz kein Sparschwein ist, das man zerschlagen kann, sobald es etwas dicker aussieht. Das ewz ist ein zentraler Pfeiler der städtischen Infrastruktur. Das sagt ihr ja selbst. Bei einem Unternehmen, das Gewinne erzielt, steht die Frage im Raum, wie diese verwendet werden sollen: Wie viel wird ausgeschüttet und wie viel wieder investiert? Diese Frage hat der Gemeinderat im Reglement über die Gewinnablieferung klar beantwortet. Sie selbst haben also festgelegt, wie viel Geld abgeliefert und wie viel reinvestiert werden soll. Wenn man der Meinung ist, dass zu viel investiert wird, kann man das Reglement anpassen. Wir haben aber gehört, dass in den nächsten zehn Jahren rund 3 Milliarden Franken investiert werden sollen, um die Wärmeversorgung fossilfrei zu gestalten und die Produktion erneuerbarer Energie auszubauen. Wir befassen uns später auch noch



mit einem Geschäft zu Speichertechnologien. Es stehen also grosse Investitionsvorhaben an. Dabei ist der Cashflow entscheidender als das Eigenkapital. Sie haben heute mehrfach betont, dass das ewz eine Dienstabteilung ist. Somit betrifft das den Cashflow der gesamten Stadt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass sich die Stadt in den kommenden Jahren am Kapitalmarkt stärker verschulden muss. Damit stellt sich die Frage der Priorisierung von Investitionen. Wenn Sie jetzt 80 Millionen Franken verteilen und damit Cashflow abziehen, fehlen später 80 Millionen Franken, die in der Stadt investiert werden können. Das ist eine Tatsache. Wenn Ihnen das egal ist, können Sie natürlich Geld verschenken, aber die Konsequenzen sollten Ihnen bewusst sein. Es ist nicht auszuschliessen, dass diese 80 Millionen Franken bei den geplanten 3 Milliarden Franken Investitionen fehlen werden. Ja, das ewz agiert auf dem freien Markt. Das ist eine Folge des Bundesgesetzes, mit dem eine Teilmarktliberalisierung eingeführt wurde. Die mehrfach erwähnten Bonusaktionen stammen aus einer Zeit, bevor das heutige Gesetz galt. Damals ging es darum, überhöhte Stromtarife an jene zurückzuerstatten, die sie bezahlt hatten. Das ist heute nicht der Fall. Die aktuellen Gewinne stammen aus anderen Quellen. Man könnte natürlich sagen, das ewz solle sich ganz vom Markt zurückziehen und keine Energie mehr produzieren. Ich glaube aber, dass das der falsche Ansatz wäre. Der heutige Kurs des ewz führt dazu, dass wir schweizweit die günstigsten Stromtarife anbieten können, vor allem in der Grundversorgung. Hier stellt sich nicht die Frage, ob die Stromkonsumentinnen und Stromkonsumenten zu viel bezahlt haben. Diese haben faire und in den letzten Jahren sogar sehr günstige Preise bezahlt, auch in Zeiten, in denen es zu grossen Verwerfungen am Strommarkt kam und andere Anbieter deutlich teurer waren. Es ergibt folglich keinen Sinn, die 80 Millionen Franken einfach auszuschütten. Wenn Sie das tun, müssten Sie korrekterweise die Regeln der Gewinnverteilung anpassen. Das bringt grosse administrative Herausforderungen mit sich: Wer hat im Jahr 2024 Strom bezogen und bezieht ihn heute noch? Was ist mit jenen, die nicht mehr in der Stadt wohnen, oder mit den Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern? Was ist mit denen, deren Stromrechnung heute höher als 340 Franken ist, damals aber nicht? Diese Abgrenzungsfragen und technischen Umsetzungen sind komplex. Trotzdem haben wir entschieden, dass die Initiative grundsätzlich umsetzbar ist. Mir persönlich wäre es allerdings lieber gewesen, Sie hätten von Anfang an zugegeben, dass Sie einfach allen Einwohnerinnen und Einwohnern 340 Franken auszahlen wollen. Das wäre deutlich einfacher gewesen, als eine komplizierte Rückvergütung über den Stromtarif zu konstruieren. Wenn Sie diesen Bonus ausschütten, entziehen Sie der Stadt Zürich 80 Millionen Franken, die sie dringend für Investitionen braucht. Es gibt keinerlei sachliche Rechtfertigung dafür, den Stromkundinnen und Stromkunden willkürlich einen Sonderrabatt zu gewähren. Deshalb lehnt der Stadtrat die Initiative ab.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:



DieDer Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehntzugestimmt.

Mehrheit: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit: Referat: Christian Häberli (AL)
Enthaltung: Stéphane Braune (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Ursina Merkler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit: Referat: Christian Häberli (AL)
Enthaltung: Stéphane Braune (FDP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Die Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende» wird abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss § 131 Abs. 3 in Verbindung mit § 155 des Gesetzes über die politischen Rechte



12 / 12

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat